

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dr. Stephanie Rose, Cansu Özdemir, Dr. Carola Ensslen,  
Sabine Boeddinghaus, Deniz Celik, Olga Fritzsche, Norbert Hackbusch,  
Stephan Jersch, Metin Kaya, David Stoop, Heike Sudmann und  
Insa Tietjen (DIE LINKE)**

**Betr.: Zentrum für Disability Studies und Teilhabeforschung (ZeDiS) ausbauen  
statt einsparen!**

Disability Studies (DS) in Deutschland leisten einen wertvollen Beitrag zur Erforschung von Diskriminierungsrisiken und Benachteiligungserfahrungen von Menschen mit Behinderungen in der Gesellschaft. Sie sind ähnlich wie Gender oder Queer Studies aus emanzipatorischen Bewegungen hervorgegangen. Leider fristen sie in Deutschland noch immer ein Schattendasein. Insbesondere die Verknüpfung mit anderen Forschungsbereichen und Lehrplänen ist oft unzureichend. Dies wird unter anderem deutlich in den Bundesberichten Forschung und Innovation 2020 (BT-Drs. 19/19310), 2018 (BT-Drs. 19/2600) und 2014 (BT-Drs. 18/1510) sowie in dem Bericht der Bundesregierung zur internationalen Kooperation in Bildung, Wissenschaft und Forschung 2017 bis 2018 (BT-Drs. 19/15360 (neu)), in denen die DS überhaupt nicht vorkommen.

Eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Bundestag ergab, dass es bundesweit kein einziges eigenständiges Studienfach für DS gibt (BT-Drs. 20/953). Zwar beschäftigen sich auch in Hamburg Wissenschaftler\*innen, verteilt auf die verschiedenen Hochschulen, mit Teilaspekten zu Teilhabe, Inklusion und Behinderung. Dies geschieht bislang allerdings vornehmlich in traditionellen, medizinisch-rehabilitationswissenschaftlich geprägten Disziplinen und damit nicht notwendigerweise aus der Perspektive von DS, die Behinderung als diskursiven Ausgrenzungs- und Diskriminierungstatbestand unter Berücksichtigung von Intersektionalität analysieren (Drs. 22/8219). Dafür hat Hamburg das Glück, dass mit der Gründung des „Zentrums für Disability Studies“ (ZeDiS) 2005 eine bundesweit beispielhafte wissenschaftliche Institution entstanden ist, die darauf hinwirkt, dass die Lehre im Feld von Disability Studies an allen Hamburger Hochschulen zusammengeführt, (weiter-)entwickelt und verbreitet wird.

Zuerst war das ZeDiS an der UHH angesiedelt, die jedoch 2014 ihre Unterstützung für das Projekt aufkündigte, sodass das ZeDiS (nun als ZeDiSplus) als interdisziplinärer, überhochschulisch agierender Teil der Evangelischen Hochschule für Soziale Arbeit & Diakonie ist. Bis 2017 finanzierte sich das ZeDiSplus unter anderem durch europäische Fördermittel und zuletzt durch Förderungen der BWFGB. Die letzte Förderzusage läuft Ende 2022 erneut aus. Dabei steht im Koalitionsvertrag, dass der Senat sich dafür einsetzen will, „dass die erfolgreiche Arbeit des Zentrums für Disability Studies (ZeDiSplus) in der Teilhabeforschung von Menschen, die von Behinderung betroffen sind, an der Evangelischen Hochschule fortgeführt wird“ (Koalitionsvertrag, Seite 90).

Das ZeDiSplus sollte als ein hochschulübergreifendes und interdisziplinäres Zentrum langfristig etabliert und weiter ausgebaut werden. Stattdessen hat es seit Jahren mit Stellenabbau und Finanzierungsproblemen zu kämpfen und somit kaum Planungssicherheit. Der Senat muss eine langfristige Finanzierung des ZeDiSplus sicherstellen und sich für eine institutionelle Verankerung von DS an den Hamburger Hochschulen

einsetzen. Die Stadt Hamburg kann hier unverändert eine bundesweite Vorreiterrolle übernehmen und für die Weiterentwicklung von interdisziplinären, hochschulübergreifenden Studienangeboten für Disability Studies in der Form von eigenständigen Modulen, Zertifikatsstudiengängen oder gar intersektionalen Studiengängen Sorge tragen.

**Die Bürgerschaft möge beschließen:**

**Der Senat wird aufgefordert,**

1. darauf hinzuwirken, dass das ZeDiSplus zu einem dauerhaften und hochschulübergreifenden Zentrum für die interdisziplinäre Weiterentwicklung und Verbreitung von Disability Studies ausgebaut wird und dafür, im Austausch mit dem ZeDiSplus, die finanziellen Bedarfe festzustellen sowie dauerhaft bereitzustellen.
2. zusammen mit dem ZeDiSplus und den Hamburger Hochschulen einen Plan zu entwickeln, wie Disability Studies in der Form von eigenständigen, interdisziplinären Studienprogrammen an den Hamburger Hochschulen im Sinne eines Disability Mainstreamings institutionell verankert werden sollen und dafür die nötigen finanziellen Mittel bereitzustellen.
3. der Bürgerschaft bis zum 31. Oktober 2022 über die eingeleiteten Maßnahmen und die erforderlichen Mehrausgaben zu berichten.